

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.05.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:31 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Rosema, Swantje

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Doris
Rehling, Gertrud

CDU-Fraktion

Gröttrup, Bernd für Andrea Risius
Ohling, Albert (bis 17:39 Uhr)

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou für André Göring
Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich für Alexander von Gliszczynski (bis 18:29 Uhr)

GfE-Fraktion

Martens, Michael

Beratende Mitglieder

Janssen, Holger für Stephan Fielers
Kamer, Stefan
Rötger, Susanne

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker (ab 17:05 Uhr)

von der Verwaltung

Lisson, Carsten
Schabler, Martin
Hilbers, Sabine
Müller, Berend
Obes, Dirk, Dr.
Strauch, Constantin

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Rosema teilt mit, die Tagesordnung werde um den Tagesordnungspunkt 2.1 „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ ergänzt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Rosema nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitgliedes Herrn Holger Janssen gemäß § 54 (3) NKomVG vor und begrüßt Herrn Janssen als neues Ausschussmitglied.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.02.2024 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.02.2024 – öffentlicher Teil wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Petra Doesken stellt sich kurz vor und teilt mit, dass sie seit 16 Jahren bei der Emdener Tafel arbeiten würde. Der Antrag zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Inhaber der Emdener Tafel Card sei gestellt worden, da den langjährigen Mitarbeitenden der Emdener Tafel aufgefallen sei, dass ihnen die Kleinrentner aus dem Stadtgebiet als Kundengruppe wegbrechen würde. Ihrer Ansicht nach sei das Problem der weite Weg zur Nesserlanderstraße, den die älteren Menschen mit schweren Einkaufstaschen auf sich nehmen müssten. Die einfachste Lösung, die den Mitarbeitenden hierfür eingefallen sei, sei eine kostenlose Beförderung für Inhaber der Emdener Tafel Card. Die Antwort der Verwaltung würde lediglich aufzeigen, wie man mit Anträgen auf

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

kostengünstigere Beförderungen kommen könnte. Dies halte sie allerdings für lebensfremd. Ein Emdener Kleinrentner könnte die vielen Antragstellungen kaum bewältigen. Aus diesem Grund möchte sie wissen, ob man diesen Menschen auf unbürokratische und empathische Weise Hilfe leisten könnte.

Herr Lisson sagt eine Beantwortung der Frage unter TOP 6, Vorlage 18/1199 „Antrag zur kostenlosen Nutzung ÖPNV zur Emdener Tafel für Inhaber der Emdener Tafel Card an den Ausgabebetagen der Tafel; - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2024-“ zu.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung des Pflegeberichts 2024
Vorlage: 18/1201

Frau Hilbers stellt den Pflegebericht 2023 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Abschließend erläutert sie, dass man derzeit noch nicht festmachen könnte, wann der Altenhilfeplan fertig sei. Aus diesem Grund stelle man in den nächsten Jahren schrittweise fertiggestellte Module vor.

Frau Rosema bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag. Sie begrüßt, dass mehr Menschen mit Pflegebedarf ambulant versorgt würden. Aus eigenen Erfahrungen könne sie sagen, wie anstrengend die häusliche Pflege sei, weshalb man es den Angehörigen hoch anrechnen müsse. Weiter bemerkt sie, dass der Landkreis Aurich nun das Projekt „STATAMED“ der AOK umsetzen würde und fragt, ob man dies ebenfalls in Emden etablieren könnte. Außerdem begrüßt Frau Kruse den Altenhilfeplan. Sie selbst wäre in der Zukunft bereits dann zufrieden, wenn überhaupt eine Fachkraft zur Verfügung stehen würde.

Herr Grendel erklärt, dass das Programm „STATAMED“ an die Entscheidung, das Krankenhaus in Norden zu schließen und dort ein regionales Gesundheitszentrum einzurichten, angegliedert sei. Dieses Projekt beinhalte unter anderem die Voraussetzung, dass ein Krankenhaus aufgegeben werde. Da die Stadt Emden auf das Zentralklinikum hinarbeite und das Klinikum Emden bis zu deren Fertigstellung in Betrieb bliebe, käme das Programm hier nicht in Frage. Natürlich beobachte man das Projekt genau, da Erkenntnisse daraus gewonnen werden könnten.

Herr Gröttrup bedankt sich für den Vortrag. Insgesamt begrüßt er den Gedanken des Altenhilfeplans, regt dabei jedoch noch eine Konkretisierung an. Da man seiner Ansicht nach in diesem Bereich sehr fremdbestimmt sei, wäre es wichtig zu wissen, was die Stadt als Kommune rechtzeitig unternehmen könnte.

Herr Ouedraogo begrüßt die Entwicklung dieses Altenhilfeplans. Er möchte wissen, ob aufgrund des Zuwachses verschiedener Kulturen ebenfalls Daten hinsichtlich der verschiedenen kulturellen Hintergründe erhoben würden.

Herr Grendel antwortet, dass diese Daten derzeit noch nicht erhoben würden, da dieses Thema zu heterogen sei, um es zuordnen zu können. Gegenstand dieser Untersuchung sei allerdings gewesen, dass die stationären Einrichtungen, die früher eine größere Rolle gespielt hätten, eine

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

andere Rolle bekommen würden und dass durch Einrichtungen, wie z. B. die Tagespflege das Verbleiben im häuslichen Umfeld deutlich verlängert werden könnte. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der damit eventuell aufkommenden Unterversorgung sei es schwer, eine klare Prognose zu machen. Deswegen sei der Dreijahresrhythmus seiner Ansicht nach so wichtig.

Herr Schabler bemerkt, man könne den Zahlen entnehmen, dass die Personengruppe, die nach Emden zugewandert sei, künftig einen stärkeren Pflegebedarf haben würde. Die Generation, die pflegebedürftig werde, würde ganz andere Einstellungen und Hintergründe haben, weshalb man sich mit ihnen auseinandersetzen müsse. Valide Daten würden darüber nicht vorliegen, man überlege jedoch, diese Perspektive ebenfalls mit aufzunehmen.

Herr Götze bemerkt, dass es schwierig sei, Pflegekräfte zu bekommen. Hinzu käme, dass die Menschen ehrenamtliche Tätigkeiten nicht mehr so wahrnehmen würden, wie noch in der Vergangenheit. Seiner Ansicht nach müsste man versuchen, dieses Thema in der Gesellschaft wieder lebhafter zu machen.

Frau Rehling fragt hinsichtlich der Schließung der stationären Einrichtungen, ob es bereits Informationen zu einer eventuellen Übernahme gebe.

Herr Grendel entgegnet, dass es von dem Eigentümer Bestrebungen gegeben habe, verschiedene Nutzungen mit Projektträgern zu konzipieren. Bisher sei es jedoch seiner Kenntnis nach noch nicht zu einem Abschluss gekommen.

Herr Ohling bedankt sich für die Präsentation. Er möchte wissen, wie sich die Zahlen der unter 20-Jährigen entwickelt habe.

Frau Hilbers antwortet, dass gerade dieser Personenkreis oft einen sehr hohen Bedarf an Pflege habe. Dies gehe sowohl zu Lasten der Krankenkasse als auch der Sozialhilfeträger, vor allem sei es aber eine große Herausforderung für die Krankenpflegekräfte. Meist handele es sich hier um Menschen, die aufgrund des großen Altersunterschiedes nicht in ein Pflegeheim wollen und dann vielfach ambulant versorgt würden. Es sei ein Trend, den sie sehen könnte, konkrete Zahlen würden ihr aber nicht vorliegen.

Herr Renken bemerkt, dass an anderer Stelle schon einmal auf die Beschränktheit der kommunalen Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich der Konsequenzen verwiesen worden sei. Das Problem des Fachkräftemangels würde ebenfalls die Berufsbildenden Schulen betreffen. Er fragt sich, wie diese aufgestellt seien und wie dort geworben werde. Angesichts der Dringlichkeit möchte er wissen, in welchem Zeitraum geplant sei, etwas vorzulegen und die Organisationseinheiten so aufzustellen, dass es machbar sei.

Frau Hilbers teilt mit, dass es in der Stadt Emden eine Förderung von Ehrenamt gebe und jedes Jahr ehrenamtliche Seniorenbegleiter ausgebildet würden. Dies sei ein Kooperationsprojekt zwischen der Volkshochschule und dem Senioren- und Pflegestützpunkt. Hierbei handele es sich nicht um Pflegekräfte, sondern um Menschen, die ältere und pflegebedürftige Menschen im Alltag ein wenig entlasten und unterstützen würden. Dies seien die Dinge, über die die Stadt Einfluss habe. Man könne der Impulsgeber über das sein, was bereits angeboten würde. Da der Altenhilfeplan einen solchen Umfang umfasse, habe man sich dazu entschlossen, ihn in verschiedene Module aufzuteilen. Die Verwaltung würde sich bereits in diesem Jahr damit beschäftigen.

Herr Schabler hebt vor, dass der Landkreis Esslingen eine umfangreiche Altenhilfeplanung aufbauen würde, sie dafür jedoch auch zwei Vollzeitstellen zur Verfügung hätten. Der Pflegebericht sei alle drei Jahre eine Pflichtaufgabe, die Altenhilfeplanung hingegen sei eine

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

freiwillige Aufgabe der Kommune. Die Verwaltung müsse dies im Rahmen ihrer vorhandenen Arbeitskapazitäten bewältigen. Aus diesem Grund werde man sich in diesem und im nächsten Jahr intensiv damit beschäftigen. Ansonsten müsste der Rat alternativ eine weitere Stelle dafür zur Verfügung stellen.

Herr Grendel unterstreicht, dass es nicht nur um die Stelle, sondern auch um die Wirkung, die man damit erzeugen würde, gehe. Wenn ein Plan mit Maßnahmen bestehe, der aber aufgrund fehlender Fachkräfte und Ressourcen nicht umgesetzt werden könnte, ergebe es keinen Sinn. Er erläutert, dass erste Impulse zur Veränderung bereits im Planungsprozess entstünden und direkt umgesetzt würden. Des Weiteren gebe es eine Pflegekonferenz, bei welcher alle Fachkräfte zusammenkommen, um genau diese Themen zu beraten.

Herr Bolinius bedankt sich für den Vortrag. Dass sich die Anzahl der Pflegebedürftigen in drei Jahren fast verdoppelt habe, erstaune ihn. Er fragt nach einer Einschätzung der Entwicklung in den nächsten Jahren.

Frau Hilbers vermutet, dass dies teilweise auf die Nachwirkungen der Pflegereform zurückzuführen sei. Im Jahr 2017 sei der Pflegebegriff verändert worden, sodass auch Menschen mit dem Pflegegrad 1, die weder ambulante Pflegeleistungen bekämen noch ein Anrecht auf einen stationären Platz hätten, als pflegebedürftig gelten würden. Aus diesem Grund nimmt sie an, dass Menschen in diesen Jahren auch später noch Anträge auf einen Pflegegrad gestellt hätten. Natürlich gelte dadurch ein größerer Personenkreis als pflegebedürftig. Ihrer Ansicht nach werde sich die Anzahl in den nächsten Jahren nicht verdoppeln, doch der Trend gehe dahin, dass es mehr Pflegebedürftige geben werde.

Herr Martens bedankt sich für den interessanten Vortrag. Dieser würde zeigen, welchen Handlungsbedarf es gerade hinsichtlich der Personalstellen geben würde. Er möchte wissen, wie viele Seniorenbegleiter im Jahr ausgebildet würden.

Frau Hilbers erklärt, dass es ca. 6 bis 7 Seniorenbegleiter im Jahr seien.

Herr Martens fragt, ob das ausreichend sei.

Frau Hilbers entgegnet, dies könne man konkret nicht sagen. Sie würde sich allerdings wünschen, dass mehr Menschen auch bereit für niederschwellige Dinge, wie z. B. den Älteren etwas vorzulesen, wären.

Herr Renken bezieht sich auf die Aussage von Herrn Schabler, dass es sich bei dem Altenhilfeplan um eine freiwillige Aufgabe handele. Er stellt sich dabei die Frage, inwieweit hier nicht eigentlich ein politisches Votum erforderlich sei. Seiner Ansicht nach würde hier ein politischer Grundsatzbeschluss benötigt, um das Thema auch so angehen zu können, wie es hier vorgestellt worden sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 6 Antrag zur kostenlosen Nutzung ÖPNV zur Emdener Tafel für Inhaber der Emdener Tafel Card an den Ausgabebetagen der Tafel;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2024 -
Vorlage: 18/1199

Frau Kruse teilt mit, dass sie mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden sei. Bedauern würde sie allerdings, dass Frau Röttgert, die Geschäftsführerin des Caritasverbandes Ostfriesland, sich nach dem Austausch und der Vereinbarung mit der Verwaltung, diese Thematik weiter im Blick zu behalten, bisher nicht geäußert habe.

Frau Röttgert erklärt, dass die Tafel ursprünglich dafür gedacht gewesen sei, Lebensmittel zu retten und Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen. Mittlerweile würde sie allerdings schon als Regelleistung anerkannt und es kämen die Menschen, die vielfach im Leistungsbezug seien. Frau Doesken würde sich wünschen, dass mehr Rentnerinnen und Rentner die Tafel besuchen und Menschen, die wenig Geld hätten, mit einem Busticket unterstützt würden. Die Frage, die an Frau Röttgert herangetreten worden sei, war die, wie viele der Besuchenden nicht im Leistungsbezug seien. Dies sei die Gruppe, die die Tafel eigentlich ansprechen möchte. Um mehr sei es in diesem Austausch nicht gegangen.

Herr Lisson bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und stellt fest, dass ohnehin unklar sei, ob der beschriebene Rückgang von Rentnern mit Minirente tatsächlich auf die anfallenden Kosten des ÖPNV zurückzuführen sei oder es andere Gründe dafür gebe. Letztendlich würden der Verwaltung keine offiziellen Erfahrungswerte bzw. belastbare Daten vorliegen, welche jedoch für Maßnahmen benötigt würden.

Frau Rosema bittet die Ausschussmitglieder um die Genehmigung eines weiteren Wortbeitrages von Frau Doesken. Der Fachausschuss stimmt dem zu.

Frau Doesken unterstreicht, ihr sei es bei diesem Antrag vor allem um das „unbürokratische und empathische“ bei der Antragstellung gegangen, da sie das Verfahren für die angesprochene Zielgruppe für lebensfremd halte. Natürlich werde es viele Gründe dafür geben, dass die Kleinrentner aus dem Stadtgebiet die Tafel heute nicht mehr besuchen würden, aber der weite Weg zur Nesserlanderstraße stelle definitiv ein Problem dar.

Herr Ouedraogo begrüßt den Antrag von Frau Doesken, da dieser ein vorhandenes Problem aufzeigen würde, um welches man sich kümmern müsste. Er schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen und sich diesbezüglich weiter in den Gruppen und Fraktionen zu beraten.

Herr Götze hebt vor, man müsse bedenken, dass diese Menschen meist auch kein Fahrrad oder Auto mehr hätten. Er würde es begrüßen, den Betroffenen Vorschläge unterbreiten zu können, wie man den langen Weg zur Emdener Tafel trotzdem bewältigen könnte.

Herr Kamer teilt mit, dass die Wohlfahrtspflegen in der Innenstadt Beratungsstellen betreiben würden und bietet den betroffenen Rentnerinnen und Rentnern auch die Unterstützung ihrerseits an. Er hebt vor, wie wichtig die Emdener Tafel sowie die Arbeit der Ehrenamtlichen sei.

Herr Grendel klärt auf, dass Personen, die Sozialleistungen beziehen würden, keine Fahrtkosten beantragen müssten, da sie automatisch Gegenstand des Regelleistungssatzes seien. Die Distanz zur Tafel würde den ein oder anderen abschrecken, dies habe seiner Ansicht nach jedoch

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

nicht zwingend mit dem Fahrpreis zu tun. In der Vergangenheit habe es einen langen Prozess gegeben, den passenden Ort für die Emdener Tafel zu finden und auch hier habe es bereits Diskussionen mit weiteren Anliegern gegeben. Aus diesem Grund würde er den Ort der Tafel zunächst nicht zur Diskussion stellen wollen. Er unterstreicht, dass man damit zurzeit mehr Schaden anrichten würde als Gutes zu tun.

Herr Martens stimmt Herrn Grendel zu. Dennoch sei das Problem vorhanden, weshalb weiterer Klärungsbedarf bestehe.

Frau Kruse kommt auf den Vorschlag von Herrn Ouedraogo zurück und fragt, ob man den Antrag zurückziehen und dieses Thema weiter in den Gruppen und Fraktionen beraten solle.

Herr Bolinius sagt, dass die FDP-Fraktion der Verwaltung zustimme, da man eine Doppelfinanzierung nicht gutheißen könne. Er sei mit Herrn Ouedraogos Vorschlag, dieses Thema noch einmal zu beraten, einverstanden. Allerdings benötige er dann auch belastbare Daten.

Herr Gröttrup schließt sich Herrn Bolinius Wortbeitrag an. Auch er sehe ein Problem, welches gelöst werden müsste. Dieser Weg sei jedoch nicht zustimmungsfähig, weshalb die Beratung in den Fraktionen sinnvoll sei.

Frau Kruse teilt mit, dass sie den Antrag somit zurückziehe. Ihrer Ansicht nach sei diese Darstellung dennoch wichtig gewesen, da dieses Problem so an die Öffentlichkeit herangetragen werden konnte.

Herr Grendel versichert, dass der Antrag sinnvoll gewesen sei und für Klarheit gesorgt habe. Dennoch sei es fraglich, ob das Ziel mit einem Fahrpreisverzicht erreicht werden könne. Zudem stecke ein bürokratischer Aufwand dahinter, da eine interne Verrechnung mit dem Busunternehmen stattfinden müsste.

Frau Röttgert teilt abschließend mit, dass Herr Stürenburg in der Emdener Tafel ebenfalls für Beratungen zur Verfügung stehen würde. Sie sei sehr daran gelegen, dass auch Rentnerinnen und Rentner mit Minirente die Tafel besuchen würden. Es sei ein allgemeines Problem, dass gerade die von Altersarmut bedrohten Menschen, nicht die Leistungen in Anspruch nehmen würden, die ihnen eigentlich zustehen.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 8 Anfragen

Herr Bolinius geht noch einmal kurz auf seine Anfrage vom 14.05.2024 hinsichtlich der Hausarztversorgung in Emden ein. Dieses Problem würde er gerne in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration behandeln, zu der auch die Kassenärztliche Vereinigung eingeladen werden solle. Heute bittet er vorab um ein kurzes Statement der Verwaltung.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

Herr Lisson teilt mit, dass die nächste Sitzung am 19.06.2024 bereits sehr viele Themen beinhalten würde, weshalb er vorschlägt, dieses Thema in der übernächsten Sitzung am 11.09.2024 zu behandeln und die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung einzuladen.

Herr Bolinius ist mit dem Vorschlag einverstanden. Des Weiteren habe er gehört, dass Jugendliche vermehrt Lachgas kaufen und als Rauschmittel missbrauchen würden. Er fragt, wie die Situation dahingehend in Emden aussehe.

Herr Dr. Obes bedankt sich für die Anfragen. Hinsichtlich des Missbrauches von Lachgas erläutert er, dass ihm für die Stadt Emden keine Daten vorliegen würden, man aber möglicherweise in den Suchtberatungsstellen Auskünfte erhalten könnte. Seiner Ansicht nach werde man es schwerlich verbieten können, einen Verkauf weiterhin zu erlauben, da Lachgas für einen bestimmten Zweck im Handel sei.

Bezugnehmend auf die Anfrage zur hausärztlichen Versorgung erklärt Herr Dr. Obes, dass der Versorgungsgrad derzeit bei 98,6 % liegen würde. Eine Unterversorgung bestehe erst bei einem Wert von unter 75 %. Dass der Bedarf in Emden trotzdem nicht gedeckt sei, sei völlig klar. Da diese Problematik nicht neu sei, habe man sich dem Thema bereits vor vielen Jahren innerhalb der Stadtverwaltung sowie einem Arbeitskreis angenommen. Dieser Arbeitskreis würde die Kassenärztliche Vereinigung, die Ärztekammer Niedersachsen, Vertreter der niedergelassenen Ärzte sowie Vertreter aus dem Klinikum Emden umfassen. Man habe sich früh überlegt, wie sowohl die Nachwuchsgewinnung als auch die Nachwuchsbindung unterstützt und gefördert werden könnten. Im Jahr 2018 sei ein Fördertopf auf den Weg gebracht worden, welcher die finanzielle Unterstützung der Medizinstudenten bei der Durchführung von Praktika in Praxen ermöglichen würde. Die Stadt Emden habe sich zudem an dem BRIDGE-Projekt beteiligt, welches das Ziel verfolge, die zugewanderte Ärzteschaft für den Erwerb der ärztlichen Approbation in Deutschland vorzubereiten. Außerdem gebe es aktuell eine Initiative der Emdener Ärzteschaft, bei der man die Weiterbildung zum Facharzt für allgemeine Medizin im Rahmen einer Verbundweiterbildung fördern möchte. Dies solle in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten und dem Klinikum Emden geschehen. Des Weiteren erläutert er, weil sich niemand im niedergelassenen Bereich für die suchtmmedizinische Grundversorgung finden würde, führe das Gesundheitsamt diese im Rahmen einer Institutionsermächtigung fort. Auch der Verein „Gesundes Ostfriesland“ habe sich aufgrund dieser besonderen Situation vor kurzem gegründet. Die Stadt Emden sei dabei ein Gründungsmitglied gewesen. Dieser Verein diene vorrangig der Vernetzung verschiedener Gesundheitsakteure der Region mit dem Ziel, nicht nur die medizinische Förderung zu verbessern, sondern auch Gesundheitsförderung und Präventionen zu stärken. Herr Dr. Obes unterstreicht, dass das Problem jetzt akut sei, es jedoch keine kurzfristigen Lösungen geben könne und diese Bausteine zu einer Problemlinderung beitragen würden.

Herr Müller führt aus, dass die Stadt Emden unter anderem in dem Bereich der allgemeinmedizinischen Hospitation, aber auch Famulatur-Studenten unterstützen würde. Die Unterkunft werde sowohl von der Stadt organisiert als auch bezahlt. Das Ziel dabei sei, Emden positiv im Gedächtnis zu verfestigen und in der Folge dafür zu sorgen, dass die Verbindung zur Praxis und zur Stadt gefestigt werde. Diese Unterstützung sei im Jahr 2018 gestartet und seitdem habe es ca. 20 Studentinnen und Studenten gegeben, die in dieser Form untergebracht worden seien.

Bezugnehmend auf das BRIDGE-Projekt erläutert er, es sei von der Stadt Emden und anderen Kommunen mit Fördermitteln unterstützt worden. Das Projekt sei im Jahr 2020 mit dem Ziel gestartet, dass die Trainees ihre Approbation erhalten und im Anschluss die Facharztweiterbildung für Allgemeinmedizin beginnen könnten. Gelaufen sei dies bis zum Jahr 2022 und insgesamt hätten zehn Trainees teilgenommen, von denen es fünf bis zur

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 15.05.2024

Facharztweiterbildung geschafft hätten. Herr Müller hebt vor, dass man durch dieses Projekt eine Ärztin aus Syrien für Emden habe gewinnen können. Letztendlich sei dieses Programm ein Erfolg mit einer langen Perspektive, da es keine kurzfristige Lösung des Problems sei.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Martens fragt, welche Auswirkungen der sich abzeichnende Hausärztemangel auf den Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung haben würde.

Herr Grendel versichert, dass dieses Thema für die Sitzung am 11.09.2024 vorgesehen sei. An dieser Stelle unterstreicht er noch einmal, dass die KVN beim BRIDGE-Projekt aktiv beteiligt gewesen sei.

Frau Kruse möchte wissen, ob sich die Verwaltung bereits mit der Ausarbeitung eines Hitzeschutzplanes befasst habe. Des Weiteren bittet sie um ein Statement hinsichtlich des Wegfalls des ärztlichen Notdienstes, dass die Besuchsregelung wegfallen solle und in Telemedizin umgewandelt werde.

Herr Dr. Obes entgegnet, dass ihm hinsichtlich der Notdienstregelung keine Informationen vorliegen würden und auch hier eher die KV zu berichten könnte. Allgemein würde es in der Ärzteschaft aufgrund vorhandener Probleme Diskussionen geben, wie man die ärztliche ambulante Unfallversorgung umstrukturieren könnte.

Frau Kruse ergänzt, dass sie diese Auskunft aus der Rettungsstelle Wittmund bekommen habe. Dort seien die Eckpunkte bereits in der Vertreterversammlung festgelegt worden und würden ihrer Kenntnis nach auch schon umgesetzt.

Herr Grendel sagt diesbezüglich eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Es wird eine mündliche Beantwortung in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 06.11.2024 vorgesehen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.